

# SWP-Aktuell

NR. 44 AUGUST 2018

## Militarisierungsprozesse im Südkaukasus

Aufrüstung und Kriegsrhetorik im Umfeld ungelöster Territorialkonflikte

*Uwe Halbach*

Derzeit lenkt der politische Wandel in Armenien die internationale Aufmerksamkeit wieder auf den Südkaukasus. Doch die Sicherheitslage in der Region wird nach wie vor von ungelösten Territorialkonflikten bestimmt, in deren Schatten die Kontrahenten eine erhebliche Aufrüstung betrieben haben. Dies gilt vor allem für die Gegner im Konflikt um Berg-Karabach – für Aserbaidschan und Armenien, die im Globalen Militarisierungsindex an exponierter Stelle figurieren. Der vor zehn Jahren über Südossetien ausgebrochene »Augustkrieg« zwischen Georgien und Russland war eine Lektion darüber, wohin eine solche Militarisierung im Umfeld angeblich »eingefrorener Konflikte« führen kann. Georgien hat in der Folge die Option, Konflikte militärisch zu lösen, deutlich zurückgestellt und seine vor 2008 beträchtlichen Militärausgaben reduziert.

In absoluten Zahlen sind die Militärausgaben der Staaten des Südkaukasus am höchsten in Aserbaidschan, dem mit über 9 Millionen Einwohnern größten Land in der Region, das zugleich als Wirtschaftsmacht in diesem Raum anzusehen ist. Sie betragen [2015 fast 2 Milliarden US-Dollar](#), [2017 knapp 1,5 Milliarden](#). Zwischen 2014 und 2017 zwang der sinkende Ölpreis erdöl-exportierende Staaten dazu, ihre Ausgaben für Sicherheit und Verteidigung zu reduzieren. 2017 belegte Aserbaidschan im Ranking des Globalen Militarisierungsindex (GMI) des Bonner International Center for Conversion (BICC) Platz 11, [2014 Platz 8](#). Präsident Ilham Alijew rühmt sich, in seiner Amtszeit seit 2003 die Ausgaben für Aufrüstung um das 15-fache gesteigert zu

haben. Diese Militarisierung betrieb Baku im Kontext des Karabach-Konflikts. Die anderen Konfliktparteien, Armenien und Berg-Karabach, liegen in absoluten Zahlen zwar weit dahinter zurück. Armenien gab 2017 [437 Millionen US-Dollar](#) für seine Streitkräfte aus. In Relation zu seiner Bevölkerungs- und Wirtschaftsgröße ist der Militarisierungsgrad gleichwohl beträchtlich. Im GMI rangiert das Land sogar auf Platz 3. Die Stärke des militärischen Personals Berg-Karabachs mit seinen knapp 150 000 Einwohnern wird auf 18–20 000 geschätzt. Georgien liegt im GMI weit hinter seinen Nachbarn zurück – auf Platz 55. Vor dem »Augustkrieg« von 2008 waren unter der Präsidentschaft Saakaschwilis die Militärausgaben von weniger als einem Prozent



des BIP auf über 9 Prozent gestiegen. Danach kürzte die Regierung in Tiflis den Militäretat deutlich. Einen hohen Militarierungsgrad weisen Abchasien und Südossetien durch die dortige russische Truppenpräsenz auf. Allein auf dem kleinen Territorium Südossetiens mit heute etwa 30 000 Einwohnern sind mehr als 4000 russische Soldaten stationiert.

## Die Lektion von 2008

Vor dem »Fünftagekrieg« zwischen Russland und Georgien im August 2008 lautete die gängige Bezeichnung für ungelöste Territorialkonflikte »frozen conflicts«. Der kurze Krieg zeigte aber, dass man sich nicht auf die Beständigkeit des Eingefrorenenseins der Konflikte verlassen und das Wiederaufflammen der Gegensätze zu regelrechten Kriegen, wie sie den Südkaukasus Anfang der 1990er Jahre erschüttert hatten, nicht ausschließen durfte. Der »Augustkrieg« war für die sicherheitspolitische Entwicklung im postsowjetischen Raum ein tiefer Einschnitt, denn Russland hatte sich damit erstmals in eine militärische Auseinandersetzung mit einem Land des »nahen Auslands« begeben, das sich strikt in Richtung Westen orientierte. Der gewaltsamen Eskalation war eine Zuspitzung der Spannungen zwischen Georgien und seinen abtrünnigen Landesteilen Südossetien und Abchasien vorausgegangen, in die sich Russland auf Seiten der Sezessionsparteien einschaltete. Für die internationale Gemeinschaft bestand eine weitere Lektion darin, dass sie zu spät auf diese seit Monaten sichtbare Zuspitzung reagiert hatte. Die Militäroperation brach in der Nacht vom 7. auf den 8. August in und um Südossetien aus. Die georgische Armee startete einen Artillerieangriff auf dessen Hauptstadt Zchinwali. Der ein Jahr später erschienene Bericht der Independent International Fact Finding Mission on the Conflict in Georgia bewertete die militärischen Operationen völkerrechtlich folgendermaßen: Der georgische Vorstoß nach Südossetien sei nach internationalem Recht nicht legitim gewesen. Aber der russische

Militäreinsatz über Südossetien hinaus nach »Kerngeorgien«, der bis in die Umgebung der Hauptstadt Tiflis und nach Abchasien reichte, sei seinerseits unverhältnismäßig gewesen, ebenso das Vorgehen ossetischer Militärverbände gegen georgische Bevölkerungsteile in Südossetien.

Der verlorene Krieg, der von Anfang an ein asymmetrisches Kräftemessen gewesen war, ließ die ohnehin schon angeschlagene Popularität der Saakaschwili-Führung weiter sinken. Das führte nach den Parlamentswahlen 2012 zu einem demokratischen Machtwechsel. Die neue Regierung, die von dem Parteienbündnis »Georgischer Traum« getragen wurde, verfolgte gegenüber Russland und den eigenen, von Moskau als »unabhängige Staaten« anerkannten Sezessionsterritorien eine pragmatischere Politik als ihre Vorgängerin, hielt aber an der außen- und sicherheitspolitischen Annäherung an die transatlantische Gemeinschaft fest. Georgien senkte allerdings die Militärausgaben von 876 Millionen US-Dollar im Jahr 2008 auf [332 Millionen im Jahr 2017](#). Die Stärke seiner regulären Streitkräfte wird aktuell auf 20 650 Mann beziffert. Damit liegt es in quantitativer Hinsicht weit hinter Aserbaidschan (67 000) und Armenien (knapp 45 000). Georgien stellte die »militärische Option« auf Wiederherstellung seiner territorialen Integrität zurück und gab eine Gewaltverzichtserklärung ab, die aber unilateral geblieben ist, weil sie sich an Russland und nicht an die beiden abtrünnigen Landesteile richtete und Moskau darauf besteht, nicht Konfliktpartei zu sein.

## But not right now: Georgien und die NATO

Qualitativ wertete Georgien seine militärischen Kapazitäten jedoch auf und zog dabei Lehren aus dem »Augustkrieg«. Es bemüht sich um Interoperabilität mit der Nato, die vor Ort inzwischen sichtbar präsent ist – zum Beispiel in Gestalt des 2015 eröffneten »NATO-Georgia Joint Training and Evaluation Centre«. Zugleich leistet Georgien bemerkenswerte, gemessen an seiner Bevöl-

kerung und der Zahl seiner Streitkräfte weit überproportionale Beiträge zu internationalen Sicherheitsmissionen, zum Beispiel in Afghanistan, wo es sich mit 1600 Soldaten am ISAF-Einsatz beteiligte und mit über 800 Soldaten in der Nachfolgemission präsent ist. Obwohl die diplomatischen Beziehungen mit Russland brachliegen, haben sich die vorübergehend ebenfalls blockierten Handelsverbindungen zwischen beiden Ländern verbessert. Gleichwohl besteht das geopolitische Spannungsverhältnis zwischen den Kriegsgegnern von 2008 fort. Russland hat seine »Protektorate« Abchasien und Südossetien, in denen es insgesamt an die 8000 Soldaten stationiert hat, durch Allianz- und Integrationsverträge noch enger an sich gebunden und ihre Trennung von Georgien zementiert.

Im Umfeld des letzten Nato-Gipfels am 11./12. Juli in Brüssel waren aus Moskau wieder Drohungen zu vernehmen, sollte Georgien der westlichen Allianz beitreten. Der neue georgische Regierungschef Mamuka Bachtadze und Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg gaben darauf bei ihrem Treffen am 18. Juli gemeinsam eine Antwort: Georgien sei ein souveränes Land, das seinen Weg selbst bestimmen könne. Stoltenberg bekräftigte die Unterstützung der Nato für die territoriale Integrität Georgiens und forderte Russland auf, seine Truppen aus Abchasien und Südossetien zurückzuziehen. Die Beziehungen zwischen der Allianz und Georgien seien [so eng wie nie zuvor](#). Der russische Ministerpräsident Medwedjew, vor zehn Jahren im Präsidentenamt, warnte in einem Interview am 6. August auf das Schärfste vor einem möglichen Nato-Beitritt Georgiens: »Das kann einen fürchterlichen Konflikt provozieren«. Tatsächlich ist die Aufnahme Georgiens in die Allianz trotz der Solidaritätsbekundungen aus Brüssel nicht näher gerückt. So erklärte US-Präsident Trump Mitte Juli, das Land habe zwar eine Chance auf einen Beitritt, [»but not right now«](#). Auf dem Nato-Gipfel von Bukarest im April 2008 hatte das Bündnis Georgien zwar die Mitgliedschaft prinzipiell zugesagt, aber auf Drängen vor allem Deutschlands und Frankreichs darauf

verzichtet, dem Land ein Eintrittsbillet in Form eines Membership Action Plan zu bewilligen. Dabei ist es bis heute geblieben, obwohl Georgien ein hervorragendes Zeugnis über seine Kooperation mit der Nato ausgestellt wird.

## Der Karabach-Konflikt als Militarisierungsgenerator

Der Konflikt zwischen Armenien und Aserbaidschan ist zwar nicht im gleichen Maße ein Schauplatz der geopolitischen Ost-West-Spannungen wie die ungelösten Territorialkonflikte Georgiens oder die Kämpfe in der Ukraine. Der Grad der durch ihn herbeigeführten Militarisierung in der Region ist aber alarmierend. Gegenwärtig nimmt die Kriegsrhetorik wieder zu. Am 24. Juli drohten Sprecher beider Konfliktparteien einander mit Militärschlägen. Und auch Vertreter Berg-Karabachs warnten den Nachbarn vor einem »sofortigen Militärschlag« im Falle eines Angriffs. Im Gegenzug wies das aserbaidshische Verteidigungsministerium darauf hin, es gebe auf dem Territorium Armeniens Objekte, deren Vernichtung ganze Gebiete für Jahrhunderte [unbewohnbar machen würde](#).

Aserbaidschan stellt die »militärische Option« zunehmend als einzige Möglichkeit dar, die ihm noch verblieben ist, um seine international anerkannte territoriale Integrität wiederherzustellen, nachdem die Mediation im Rahmen der Minsker OSZE-Gruppe bislang keinen Durchbruch zu einer politischen Konfliktlösung erbracht hat. Auf einer Militärparade zog Präsident Alijew im Juni 2018 eine Bilanz der Ausrüstung unter seiner Herrschaft: Die Kampffähigkeit der Armee sei »auf dem höchsten Stand« und werde von »sehr starkem Patriotismus« getragen. In militärischen Auseinandersetzungen im April 2016 – mit 200 Todesopfern den heftigsten seit dem Waffenstillstand 1994 – habe die aserbaidshische Armee einige von Armenien besetzte Gebietsteile zurückerobert. Der Gegner sei nicht in der Lage, mit der militärischen und ökonomischen Stärke Aserbaidschans zu

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2018  
**Alle Rechte vorbehalten**

Das Aktuell gibt die Auffassung des Autors wieder.

In der Online-Version dieser Publikation sind Verweise auf SWP-Schriften und wichtige Quellen anklickbar.

SWP-Aktuelle werden intern einem Begutachtungsverfahren, einem Faktencheck und einem Lektorat unterzogen. Weitere Informationen zur Qualitätssicherung der SWP finden Sie auf der SWP-Website unter <https://www.swp-berlin.org/ueber-uns/qualitaetssicherung/>

**SWP**  
Stiftung Wissenschaft und Politik  
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3 – 4  
10719 Berlin  
Telefon +49 30 880 07-0  
Fax +49 30 880 07-100  
[www.swp-berlin.org](http://www.swp-berlin.org)  
[swp@swp-berlin.org](mailto:swp@swp-berlin.org)

ISSN 1611-6364

SWP-Aktuell 44  
August 2018

konkurrieren. Das Land hat Waffen aus Russland, Israel, der Türkei, Belarus, der Ukraine und anderen Ländern importiert – allein aus Russland im Gegenwert von fünf Milliarden US-Dollar. Laut dem Stockholmer International Peace Research Institute (SIPRI) entfallen 13 Prozent aller Waffenimporte in Europa einschließlich des Südkaukasus auf das Land am kaspischen Meer. Zudem baut Aserbaidschan seine eigene Waffenindustrie aus und etabliert sich nun auch als Exporteur auf diesem Feld.

Armenien blieb bei seinen Aufrüstungsbemühungen weitgehend auf Russland angewiesen, mit dem es eine »strategische Partnerschaft« vereinbart hat. Russland unterhält auf seiner Militärbasis im armenischen Gjumri rund 5000 Soldaten sowie Truppen an der Grenze Armeniens zur Türkei und zum Iran. Ab 2016 erhielt Armenien von Moskau Iskander-Raketen. Derzeit führt es mit dem Kreml Verhandlungen über den [Erwerb von Kampfflugzeugen](#) vom Typ Su-30SM, die seine Verteidigungsfähigkeit in der Luft verbessern sollen. Für derartige Projekte erhält Jerewan von Moskau – anders als Aserbaidschan – finanzielle Vergünstigungen.

Doch Russland spielt im Karabach-Konflikt eine ambivalente Rolle. Es tritt als Hauptmediator und zugleich als Hauptwaffenlieferant beider Konfliktseiten auf. Armenien kann sich auch nicht darauf verlassen, dass ihm seine Mitgliedschaft in der von Russland dominierten sicherheitspolitischen Regionalorganisation, der Organisation des Kollektiven Sicherheitsvertrags, der Aserbaidschan nicht angehört, Vorteile gegenüber dem Kontrahenten verschafft. Ein Mitgliedsland wie Belarus lieferte zuletzt Raketen an Aserbaidschan. Jerewan hat jüngst angekündigt, seine Streitkräfte mit Nachdruck weiter modernisieren zu wollen. Im März startete das armenische Verteidigungsministerium ein [»Modernisierungsprogramm für 2018 – 2024«](#) mit mehreren Schwerpunkten technologischer Innovation. Der populäre Führer der »samtenen Revolution« vom Frühjahr 2018 und neue Regierungschef Nikol Pashinjan ist bemüht, den demokratischen Machtwechsel

aus sicherheits- und geopolitischen Kontexten herauszuhalten. Er betont, dass die Beziehungen zum »Sicherheitspartner« Russland davon nicht betroffen seien. Doch die Sicherheitsfrage im Umfeld des Konflikts mit Aserbaidschan wirft ihren Schatten auf die aktuelle Entwicklung in Armenien. Im April waren die Kommentare aus Baku zu dem Machtwechsel in Jerewan noch positiv, obwohl der politische Wandel dort in scharfem Kontrast zu den autoritären Herrschaftsverhältnissen in Aserbaidschan steht. Doch als Pashinjan die Wiederezulassung Berg-Karabachs zu den von der OSZE begleiteten Friedensverhandlungen verlangte, von denen es seit 1998 ausgeschlossen ist, und sein Sohn seinen Militärdienst demonstrativ in Berg-Karabach antrat, reagierte Baku mit Drohungen. Auch die Debatte über die Frage, wie verlässlich Russland als Sicherheitspartner Armeniens eigentlich ist, loderte wieder auf – trotz aller Bekundungen der neuen armenischen Regierung, an der bestehenden russisch-armenischen »strategischen Partnerschaft« festhalten zu wollen.

## Ausblick

Auch wenn Regionalexperten es für unwahrscheinlich halten, dass im Südkaukasus erneut Kriege ausbrechen, ist ein solches »worst case«-Szenario zumindest im Falle des Karabach-Konflikts nicht auszuschließen. Die internationale Gemeinschaft muss die von massiver Aufrüstung flankierte militante Rhetorik, die dieser Konflikt provoziert, ernst nehmen. Denn diese stellt ein wesentliches Hindernis für eine friedliche Konfliktlösung dar, zu der sich beide Seiten formell immer noch bekennen. Internationale Akteure fordern zum Beispiel seit langem den Abzug armenischer Truppen aus den besetzten Provinzen in der Umgebung Berg-Karabachs. Einige armenische Politiker haben diesen Schritt zuletzt zumindest teilweise in Erwägung gezogen. Er wird aber nicht beginnen, solange auf der Gegenseite immer wieder die »militärische Option« betont und die Kriegstrommel gerührt wird.

*Dr. Uwe Halbach ist Wissenschaftler in der Forschungsgruppe Osteuropa und Eurasien*